

Studie „Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung“

Kommentare der Veranstaltungsteilnehmer zu den Empfehlungen der Studie

Punkt 1:

Einrichtung eines zentralen Online-Informationssystems zur Planung, Genehmigung und Realisierung von Fernstraßen durch das BMVBS

Das Informationssystem schafft eine zentrale Anlaufstelle, über die sich alle Bürgerinnen und Bürger zu Planungsvorhaben, deren Verfahrensstatus und -ablauf sowie Ansprechpartnern informieren können.

- Elementar
- Als Good Practice-Ansatz: Website des US Departments of Energy (DOE) zu Umweltprüfungsverfahren (NEPA Documents) mit interaktiver Karte zur Lokalisierung laufender Verfahren
- Sehr gut! Das gibt dem Bürger die Möglichkeit, seine begrenzten (zeitlichen) Ressourcen auf ein Instrument (zentrales Infosystem) zu bündeln!
- Für Interessierte bestehen schon heute viele Informationsmöglichkeiten; die Mehrheit der Bürger ist auch über Online-Infosystem nicht für mehr Beteiligung zu gewinnen.
- Muss aber offensiv vermarktet werden.
- Ganz zentrale Forderung! Sollte m. E. auf alle großen Infrastrukturprojekte ausgedehnt werden.
- Richtig, aber nur mit Nutzen und Kosten und Projektleiter-Erreichbarkeit
- Gute Idee, hoher Nutzen; Problem: das Angebot bekannt machen
- Wunderbar, ein kleiner Schritt mit großer Wirkung. Selbst für Planungsexperten bleibt es schwierig, eine Übersicht zu behalten, daher ist ein solches Infosystem sinnvoll und wünschenswert.
- Größtes Problem: Erfolg des Portals steht und fällt mit dem Traffic, den die Seite erzeugen kann. Sonst ist es „nur“ eine effizientere Art des Informationstransports zu den üblichen Aktiven in solchen Prozessen.
- Berücksichtigung des politischen Prozesses sollte stärker erfolgen (wie soll die Zusammenarbeit von 16 Bundesländern und Bund konzipiert werden? Wer stellt welche haushalterischen und personellen Mittel in welche Höhe zur Verfügung? Wie laufen die Geschäftsprozesse ab?). Bisher wird ein Idealbild formuliert und präsentiert, das politische Faktoren und Interessen nicht genügend berücksichtigt.
- Das ist „nur“ ein Informationssystem. Warum nur Bundesfernstraßen aufnehmen und nicht auch Schienenwege und ggf. Flugplätze. Der Nutzen dürfte allerdings für Beteiligungsinteressierte begrenzt sein. Suchmaschinen im Internet leisten bereits sehr viel. Und Beteiligung setzt an Betroffenheit an. An der Betroffenheit setzt dieses Instrument nicht an. Vielleicht hilft es ein wenig, Betroffenheit herzustellen, früher.
- Absolut positiv, niedrighschwelliger Zugang erforderlich auf kommunaler Ebene Aufwandsersatz für Darstellung Landes- und Bundesplanungen erforderlich.

Punkt 2:

Beteiligung an der Bedarfsplanung bei der Anmeldung von Verkehrsprojekten der Bundesländer für den Bundesverkehrswegeplan

Bei der Sammlung von Verkehrsvorhaben der Bundesländer konsultieren die Landtage die Bürgerinnen und Bürger, Interessengruppen und Verbände.

- evtl. zu zeitintensiv
- Wichtig ist gezielte Information über Beteiligungsoptionen, z.B. durch Fernsehspots bzw. Berichterstattung in Nachrichten und Tageszeitungen in prominenter Form (frühzeitig, um Beteiligung möglich zu machen); bei ist Netzausbau z.B. erst nach den Beteiligungsoptionen berichtet worden.
- Ja, unbedingt!
- Unsere Forderung! BUND e.V.
- Geschieht durch informelle Kontakte ohnehin! Die Frage nach der Validität der Berechnung von Nutzen-Kosten-Verhältnissen ist zielführender, um „Wünsch-Dir-Was-Listen“ auszudünnen bzw. nachhaltigeren Nutzen der Projekte sicherzustellen.
- Wird weitgehend praktiziert über regionale Voten.
- Das geschieht bereits jetzt. Diese Verfahren müssten evaluiert und auf dieser Grundlage müsste nach Verbesserungen gesucht werden! Der Vorschlag „Linck“ erscheint mir akademisch/weltfremd.
- Baustein wird befürwortet; die Ergebnisse der Konsultation können und sollen mangels vorhandenen Sachverstands allerdings nur Empfehlungscharakter besitzen.
- Das BMVBS plant eine Öffentlichkeitsbeteiligung gem. UVP-Richtlinie zusätzlich und neben der Verbandsanhörung und den Anmeldungen der Länder. Unklar ist jedoch, wie sich diese Öffentlichkeitsbeteiligung zur Verbändeanhörung, zu den Länderanmeldungen und zur Parlamentsbefassung verhält. Dieser Teil ist zeitlich eng getaktet. Welche Entscheidungsspielräume kämen dann noch den Landesparlamenten zu? Es besteht die Gefahr, dass parallele Beteiligungsverfahren unter der Ägide der Landesparlamente in Beteiligungsaktivismus ausarten.
- Wenig operationabel, eher Strategieentwicklung für Netzkonzept mit NROs, Verbänden, Ländern, in Expertenrunden analog integrierte Verkehrsentwicklungskonzepte für Städte und Regionen

Punkt 3:

Bürger-Planungswerkstatt in Vorbereitung auf das Raumordnungsverfahren zur Findung von Straßentrassen

Bei umstrittenen Projekten ermitteln Bürgerinnen und Bürger in Planungswerkstätten für jede Trassenalternative Vor- und Nachteile sowie benachteiligte und begünstigte Akteursgruppen. Sie erhalten die Möglichkeit, Trassenvarianten zu bewerten, zu priorisieren und auch abzulehnen.

- Problem: repräsentative Zusammensetzung der Teilnehmer
- Warum erst dann Beteiligung, wenn Trassenalternativen feststehen? Besser schon Einbeziehung bei der Erstellung und Auswahl von Alternativen.
- Gut; muss sich zeigen

- Warum lediglich Diskussion der Alternativen? Wer erstellt diese lediglich zu beratenden Alternativen? Alternativen sollten dezidiert auch eingebracht werden können!
- Verantwortliche Einbindung von Bürgern!
- Nützlich, aber hochaufwendig, im Zweifelsfall unverzichtbar.
- Guter Vorschlag, wäre einzubinden in den formellen Planungsprozess.
- Wichtig: Im Auge behalten, was die Expertise des normalen Bürgers ist und das in die Partizipation einfließen lassen.
- Mangels Fachwissen und Kompetenz kann eine solche Werkstatt keine ausgeprägt bindende Funktion besitzen. Wer finanziert diese Planungswerkstatt? Wie passt die Werkstatt in verabredete Zeitpläne? Die Bürgerinnen und Bürger können keine höhere Entscheidungskompetenz zugewiesen bekommen als die Politik oder die Interessenverbände.
- Kommentar zur Frage: nicht nur bei **umstrittenen**, sondern bei **allen** Projekten!! Gute Idee. Es muss dann aber sichergestellt werden, dass die Beteiligungsbürger repräsentativ ausgewählt werden. Und die RO-Behörde muss rechtlich verpflichtet werden, die Voten im Abwägungsprozess zu berücksichtigen.
- Bürgerbeteiligung auf Information verkürzt. Weckt falsche Erwartungen. Problematisches Beteiligungsverständnis. Methode/Verfahren nicht sorgfältig abgewogen.

Punkt 4:

Bundestagsentscheidung zum aktuellen Bedarf von einzelnen Verkehrsvorhaben im Rahmen der fünfjährigen Bedarfsplanüberprüfung

Das Bundesparlament diskutiert den aktuellen Bedarf von Verkehrsvorhaben bei der Bedarfsplanüberprüfung, die alle fünf Jahre stattfindet. Die Parlamentarier identifizieren Vorhaben, die ggf. aufgrund veränderter Rahmenbedingungen unnötig geworden sind, setzen klare Prioritäten und bestätigen die Vorhaben, die in die nächste Planungsstufe übergehen sollen. Sie verhindern die Vorhaben, die nicht mehr notwendig sind.

- Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein.
- Auch zentraler Baustein! Die Liste unnötiger (unnötig gewordener) planfestgestellter Projekte ist ellenlang! Die Liste von unnützen Projekten vorheriger Planungsstufen dementsprechend noch länger!
- Nach sachlichen, nachprüfbaren Kriterien ok, unabhängig von Regierungswechseln
- Zustimmung
- Fraglich, ob der BT eine derartige neutrale Entscheidung treffen kann (aufgrund politischer Konstellationen).
- Vielversprechend klingender Baustein, ggf. sollte der Prüfprozess um die Länderparlamente ausgedehnt werden; die Ergebnisse des Diskussionsprozesses sollten flächendeckend an die Öffentlichkeit weitergeleitet werden (unter Benennung von Gründen, warum Veränderungen bei einzelnen Projekten eingetreten sind).

- Der BVWP ist ein Bedarfsplan. Die Vorstellung, MdBs würden fünf Jahre später nicht mehr notwendige Verfahren streichen, geht an der Realität vorbei. Erstens verschwindet der Bedarf innerhalb von fünf Jahren nicht. Zweitens handeln MdBs als Wahlkreisinteressenwähler. Streichen von Vorhaben liegt ihnen fern.
- Ja.

Punkt 5:

Offene Planungsdialoge mit betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, Interessengruppen und Verbänden

In die Phase der Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens werden betroffene Bürgerinnen und Bürger sowie Träger öffentlicher Belange zur Feinplanung, Feintrassierung und Gestaltung der Ausgleichsmaßnahmen konsultiert.

- Sinnvoll
- Ein offener Scoping-Termin mit Beteiligung der Öffentlichkeit (nicht nur TöB + NGOs) mit Transparenz der Beschlüsse (z.B. Online-Protokolle bzw. Videomitschnitte) als ein Ansatz.
- Konsultationen gibt es schon (Erörterungstermine). Es ist fraglich, ob eine frühzeitigere Konsultation den Einfluss der Bürger stärken kann. Die Verbindlichkeit der Erörterungsergebnisse muss gestärkt werden, um die Akzeptanz eines Projektes zu fördern. Formale Änderungen, wie den Zeitpunkt der Konsultationen vorzulegen, bringt hier nicht allzu viel. (PS: Habe die Studie nur überflogen).
- Notwendig
- Sollte eingeführt werden
- Sinnvoll – soll es eine reine Konsultation sein oder Verbindlichkeit haben?
- Konsultationen: nur empfehlenswerten Charakter. Die finanziellen Fragen und Zeitplanfragen sollten berücksichtigt werden und vorab beantwortet sein.
- TöB und Beteiligungsbürgerschaft besser getrennte Formen anbieten; u.a. um Spontaneität der Bürger zu bewahren und sie nicht der Bevormundung von Experten aussetzen. Aber: Wert und Folgen der Konsultation klären, um Frustrationen der Konsultierten zu vermeiden.
- Unbedingt und auch und gerade abgelöst von konkreten Vorhaben in der Phase der Zielfindung Mobilität D 2030

Grundsätzlicher Hinweis zu allen Bausteinen:

- Wer finanziert diese Vorhaben?
- Werden diese Vorhaben von der Bürgerschaft tatsächlich ausreichend abgefragt?
- Sind die politischen, juristischen und organisatorischen Belange und Notwendigkeiten ausreichend berücksichtigt?
- Werden Geschäftsprozesse nicht zusätzlich erschwert?
- Können die parlamentarischen Rechte und Pflichten ggf. nicht ausgeweitet und gestärkt werden? Geht es vielmehr nicht eher um einen politischen Wandel bei Gestaltungs- und Entwicklungsfragen? Parlament = Volksvertretung